Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1925

26.5.1925 (No. 120)

Visual Library

№ 120 Dienstag, den 26. Mai 1925 168. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend. Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,60 Goldmark ausschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen
Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Bevorstehende Änderungen des Steuerabzugs vom Arbeitslohn

** Der Steuerausschuß des Reichstags hat wesentliche Änderungen des Steuerabzugs vom Arbeitslohn beschlossen, die am 1. Juni 1925 in Kraft treten sollen. Der **steuerfreie Lohnbetrag**, der bisher 60 RM. monatlich (15 RM. wöchentlich usw.) betrug, soll auf 80 RM. monatlich (18,60 RM. wöchentlich, 3,10 RM. täglich, 0,80 RM. zweistündlich) erhöht werden. Außerdem soll künftig die **Ermäßigung** des zehnprozentigen Steuersatzes, die bisher für jeden zu berücksichtigenden Familienangehörigen 1 v. H. betrug, vom **dritten** Kind ab je **2** v. H., wenn jedoch der Arbeitslohn 250 RM. im Monat, 60 RM. in der Woche, 10 RM. am Tage **nicht** übersteigt, schon vom **zweiten** Kind ab 2 v. H. betragen. Diese Bestimmungen sollen für alle Lohnzahlungen gelten, die für eine nach dem 31. Mai 1925 erfolgende Dienstleistung bewirkt werden. Es ist anzunehmen, daß die vorstehenden Änderungen Gesetz werden. Die Arbeitgeber müssen sich schon jetzt auf die Änderungen einstellen, damit sie in der Lage sind, den Steuerabzug vom 1. Juni ab richtig zu berechnen. Die Einzelheiten der voraussichtlichen neuen Regelung ergeben sich aus einem Merkblatt, das bei den Finanzämtern unentgeltlich abgeholt werden kann. Das Merkblatt gilt nur, wenn das Gesetz, das die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages und den Ausbau des Kinderprivilegs vorsieht, bis zum 31. Mai 1925 verabschiedet wird. Für eine rechtzeitige Mitteilung hierüber in der Presse wird gesorgt werden.

Die Lage des Arbeitsmarktes

** Der Arbeitsmarkt hat sich in der Berichtswoche (14. bis 20. Mai) im ganzen etwas gebessert. Die Erwerbslosenziffer ist von 14 437 Hauptunterstützungsempfängern am 13. Mai auf 13 696 am Ende der Berichtswoche gesunken; umgekehrt hat sich das Angebot der offenen Stellen bei annähernd gleich hoch gebliebenen Arbeitsuchendenziffer vermehrt, so daß am Ende der Berichtswoche auf 100 offene Stellen 512 Arbeitsuchende gegenüber 574 vom Ende der Berichtswoche kamen.

Der **landwirtschaftliche** Arbeitsmarkt, wie derjenige der Industrien der **Steine und Erden**, zeigte auch in der Berichtswoche die bisherige starke Nachfrage nach Kräften.

In der **Metall- und Maschinenindustrie** war namentlich die Nähmaschinen- und Autofabrikation gut beschäftigt, teilweise auch der Lokomotivbau. In der Mannheimer Automobilindustrie konnten sogar jüngere Maschinenschlosser eingestellt werden, während bekanntlich im allgemeinen die Nachfrage nach Maschinenschlossern sonst andauernd recht schwach ist. Gut beschäftigt ist die Schwarzwälder Uhrenindustrie. In der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie war die Nachfrage nach erstklassigen Juwelenarbeitern noch sehr rege. Gut beschäftigt waren auch die Betriebe, die dünne montierte Goldicaren erzeugen, während die Silber- und Alpakkabranche weiter abgeflaut ist.

In der gutbeschäftigten **chemischen** Industrie Oberbadens zeigte sich keine wesentliche Veränderung, die Unterbadische wies Nachfrage nach weiblichen Kräften auf.

In der **Textilindustrie** des Wiesentals machte sich ein ruhigerer Geschäftsgang bemerkbar. Ein Großbetrieb der Veredelungsindustrie hat Kurzarbeit eingeführt. In der Seidenindustrie wird teilweise ausgesetzt, während (im Waldshuter Bezirk) Baumwollweber und Weberinnen gesucht werden.

In der **Papierindustrie** ist es etwas ruhiger geworden, **im Holz- und Schnitzstoffgewerbe** war die Lage nicht ganz einheitlich, eine Wiesentäler Bürstenfabrik hat ihren Betrieb geschlossen, der Streik der Bauanschläger in Mannheim hat weiter gedauert.

Im **Genußmittelgewerbe** zeigte sich örtliche Nachfrage nach jüngeren Bierbrauern, die Tabakindustrie ist immer noch sehr schlecht beschäftigt.

Im **Friseur- und Schneiderberuf** blieb die Lage günstig.

Im **Baugewerbe**, insbesondere des Bodenseegebiets, herrschte starke Nachfrage ganz besonders nach Malern und Maurern; auch die übrigen Berufe dieser Gruppe sind recht gut beschäftigt.

Im **Handel** war eine etwas stärkere Nachfrage nach jüngeren Stenotypistinnen und nach Auslands-Korrespondentinnen zu beobachten.

Gesucht waren weiterhin tüchtige weibliche **Haushaltungskräfte** in großer Zahl, sowie **Köchinnen** für Haushalt und Gastwirtschaft.

Das Baden-Badener **Fremdengewerbe** erwies sich für männliches und weibliches Kochpersonal und auch für jüngere Kellner aufnahmefähig.

Das französische Konsulat in Karlsruhe

** Der zum französischen Konsul in Karlsruhe ernannte Herr P. F. M. **Calvière** ist, nachdem ihm namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen im Lande Baden endgültig zugelassen worden.

Die Wirtschaftslage der Reichsbahn

Der stellvertretende Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Staatssekretär Dr. **Stieler**, gab in einem Interview an den Berliner Vertreter der Associated Preß folgende Aufklärung über die Wirtschaftslage der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft:

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ist der Hauptlastenträger der durch das Dawes-Gutachten Deutschland auferlegten Reparationszahlungen. Wenn auch diese Lasten, die die Finanzwirtschaft der Reichsbahn maßgebend beeinflussen, ungemein schwer sind, so gibt doch die finanzielle Lage der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft durchaus zu ernsten Besorgnissen keinen Anlaß.

Die weit verbreitete Meinung, daß der Reichsbahn ebenso wie der übrigen deutschen Wirtschaft eine Atempause für die Aufbringung der Lasten seit der Inkraftsetzung der Dawes-Gesetze gewährt wäre, ist irrig. Es stimmt auch nicht, daß das erste Geschäftsjahr der Gesellschaft nur mit 200 Millionen Goldmark belastet ist. Da das erste Reparationsjahr vom 1. September 1924 bis zum 31. August 1925 reicht, während das erste Geschäftsjahr der Gesellschaft sich vom Zeitpunkt der Übernahme des Betriebs der Reichsbahnen bis zum 31. Dezember 1925 erstreckt, ist das erste Geschäftsjahr mit 16 Monaten Reparationslast belegt und nicht mit 12. Es ist also das erste Geschäftsjahr noch mit dem September-, Oktober-, November- und Dezemberanteil des zweiten Reparationsjahres neben der Zahlung des ersten Reparationsjahres belastet.

So kommt es, daß sich die Last des ersten Reparationsjahres folgendermaßen darstellt:

Reparationszahlung des Jahres 1925 in Höhe von 200 Millionen Goldmark, Rückstellung für die erste Rate des Jahres 1926 in Höhe von 200 Millionen Goldmark, dazu tritt noch eine nach der Gesellschaftssatzung gesetzmäßig vorgesehene Ausgleichsrücklage in Höhe von 110 Millionen, so daß sich die Gesamtbelastung des ersten Reparationsjahres bereits auf 510 Millionen Goldmark beläuft.

Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft glaubt zuversichtlich, daß wenn die Wirtschaft Deutschlands sich weiter belebt, die schwere Last trotzdem aufgebracht werden kann.

Er wies weiter darauf hin, daß die Reparationsbelastungen der künftigen Jahre sich belaufen werden

im zweiten Reparationsjahre auf 595 Millionen GM.,
im dritten Reparationsjahre auf 550 Millionen GM.,
im vierten Reparationsjahre auf 660 Millionen GM.

Unter Reparationslasten sind dabei immer nur verstanden die Zinsen und der Tilgungsdienst für die Reichsbahn-Obligationen. Nicht mitgerechnet ist die der Gesellschaft auferlegte Verkehrssteuer in Höhe von 250 bis 290 Millionen GM., die an den Reichsfinanzminister nach dem Plan des Dawes-Gesetzes abzuführen ist. Auch diese wird der Reparationszahlung nutzbar gemacht. Vorerst ist für Vorzugsaktien keine Dividende aufzubringen, da an eine Ausgabe der Vorzugsaktien noch nicht herangegangen worden ist.

Schwer trägt die Reichsbahn außer an den Reparationslasten an den ihr aus anderen Gründen auferlegten Leistungen. Diese sind zum großen Teil auf **politische Gründe** zurückzuführen. Als der Krieg zu Ende war, mußte sich die Reichsbahn als größtes Betriebsunternehmen Deutschlands (die Reichsbahn hat zurzeit einen Personalbestand von 765 000 Köpfen und eine Betriebslänge von etwa 53 000 Km. zur Verfügung stellen, um die von der Front zurückflutenden Soldatenmassen von der Straße wegzuziehen und zur Arbeit zurückzuführen. Dadurch schwoll der **Personalstand** kurz nach dem Kriege auf über 1 Million Köpfe an und es bedurfte einschneidender Maßnahmen, um die Kopfzahl auf 700 000 bis 800 000 zu reduzieren. Der Abbau dieses aus politischen Gründen angeschwollenen Personalkörpers erforderte in Befolgung des in Deutschland geltenden Rechts Abfindungen und Pensionslasten, die genau genommen, nicht aus den Betriebseinnahmen der Reichsbahn zu decken wären.

Weiter erfordert die **Wiederherstellung** der Bahnanlagen und die Instandsetzung des rollenden Materials nach Zurückgabe der von den Franzosen und Belgiern besetzten **Rhein-Ruhr-Bahnen** eine Aufwendung, die sich etwa auf 100 Millionen RM. beläuft. Es bedarf keiner Erläuterung, daß auch diese Kosten auf politische Gründe zurückzuführen sind.

Als nach dem Krieg Deutschlands **Industrie** darniederlag und alle **Bestellungen** fehlten, mußte die Reichsbahn helfen und Bestellungen auf rollendes Material herausgeben, die ebenfalls den Etat stark belasten. Sie hatten den Erfolg, der Industrie über die Wirtschaftskrisis hinwegzuhelfen, jedoch wurde die Reichsbahn mit einem so reichlichen Material an Lokomotiven und Wagen und mit einem so reichhaltigen Stofflager versehen, daß Material und Vorräte das Bedürfnis des jetzigen deutschen Verkehrs übersteigen. Die Unterhaltung dieses überzähligen Materials verursacht wiederum Kosten, die auf politische Gründe zurückzuführen sind.

Nicht unerwähnt darf bleiben, in welchem Zustand die deutschen Bahnen sich nach dem Weltkriege befanden. Oberbau, Brücken, Gebäude und Material mußten einer gründlichen Ausbesserung und Wiederherstellung unterzogen werden, um die erforderliche Betriebssicherheit wiederherzustellen. Es kann nicht bestritten werden, daß auch die hierfür aufzuwendenden Summen auf politische Gründe zurückzuführen sind.

Diese der Reichsbahn auferlegten „politischen Lasten" werden nach und nach zurückgegeben. Es besteht die begründete Aussicht, daß die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft die vorher angegebene, immer mehr sich steigernde Reparationslast aufbringen wird, die ihr durch das Dawes-Gutachten auferlegt worden ist. Voraussetzung dafür bleibt jedoch, wie in jedem anderen Lande, die Prosperität der deutschen Wirtschaft. Leidet die Wirtschaft Not, weist auch die Eisenbahn verringerten Verkehr auf, blüht die Wirtschaft, so geht es der Eisenbahn gut.

Die Deutsche Reichsbahn muß ihre **Tarife** (Güter- und Personentarife) auf der Höhe halten, daß die Betriebseinnahmen alle der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft auferlegten Lasten decken. Sie besitzt bisher keinen Fonds und keine Rücklagen um auf unvorhergesehene Ereignisse gerüstet zu sein. Wenn die letzte Personentariferhöhung um 10 Proz. die deutsche Öffentlichkeit erregt hat, so darf doch nicht verkannt werden, daß die Verwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zuvor alle Möglichkeiten erwogen hat, um eine Balanzierung ihrer Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Sie mußte die deutschen Gütertarife schonen, um einer Belebung des Güterverkehrs nicht hinderlich zu sein. Es muß auch betont werden, daß die deutschen Tarife unter den Tarifen der europäischen Länder mit hochstehender Valuta, wie England, Schweden und Holland liegen. Ein Vergleich mit den in einer Inflationsperiode sich befindenden Ländern wie Frankreich, Belgien und Italien ist nach allgemeiner Erfahrung der letzten Jahre nicht statthaft.

Staatssekretär Stieler betont zum Schluß noch einmal:

Die Finanzlage der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, des größten industriellen Unternehmens der Welt, ist bei der heutigen Wirtschaftskrise, in der Deutschland sich befindet, wohl ernst, gibt aber durchaus zu ernsten Besorgnissen keinen Anlaß.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat, wie aus Bern gemeldet wird, Montag vormittag in Begleitung des deutschen Gesandten Dr. Müller dem schweizerischen Bundespräsidenten **Musy** und Bundesrat **Motta** im Bundeshause einen Besuch abgestattet, der indessen keinen polit. Charakter trug. Von beiden Seiten wurden die guten und freundnachbarlichen Beziehungen zwischen der Schweiz u. dem Deutschen Reich betont. Im Anschluß gab der deutsche Gesandte zu Ehren des bayer. Ministerpräsidenten ein Frühstück, an dem u. a. der schweizerische Bundespräsident und die übrigen in Bern anwesenden Mitglieder des Bundesrats teilnahmen. Der bayerische Ministerpräsident verläßt wegen dringender Geschäfte bereits am heutigen Dienstag Bern, um sich nach München zurückzubegeben.

Deutschland gegen den Giftgaskrieg. Der deutsche Delegierte von **Eckhardt** erklärte in **Genf** in der Militärkommission der Konferenz gegen die Waffenlieferungen, daß **Deutschland bereit sei**, eine Konvention zur **Unterdrückung der chemischen Kriegführung zu unterzeichnen**. Diese Erklärung rief in den Kreisen der Waffenhandelskontrollkonferenz begreiflicherweise großes Aufsehen hervor.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Deutscher Reichstag

Der Reichstag nahm am Montag das Reichsgesetz über die **Wiederaufnahme des Verfahrens** gegenüber **Urteilen der bayrischen Volksgerichte**, das seit mehr als einem Jahr heftig umstritten war, in zweiter und dritter Lesung an. Das Gesetz geht zurück auf den Antrag der Sozialdemokraten und hat seine jetzige Fassung im Rechtsausschuß erhalten. Bei der gestrigen Beratung erklärte die bayrische Regierung noch einmal, daß es sich um einen Eingriff in die bayrische Justizhoheit handle. Prof. Dr. **Kahl** stellte fest, daß die Reichsverfassung dem Reich die Kompetenz für die Regelung des Strafprozeßrechts und damit auch für die Einführung eines Wiederaufnahmeverfahrens gegen Urteile bayrischer Volksgerichte überträgt. Für das Gesetz stimmten Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten geschlossen, von der Deutschen Volkspartei unter Führung Dr. Kahls etwa 10 Abgeordnete und ebensoviel vom Zentrum mit dem Arbeitsminister Brauns an der Spitze. Das Gesetz wurde mit 148 gegen 126 Stimmen angenommen.

WTB. **Berlin**, 25. Mai

Am Regierungstisch Reichsfinanzminister von **Schlieben**. — Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr und gedenkt des früheren Reichstagsabgeordneten Dr. **Neumann-Hofer**, der mit seiner Gattin bei einem Autounfall das Leben verloren hat.

Die von der Staatsanwaltschaft nachgesuchte Genehmigung zur Strafverfolgung von 9 meist kommunistischen Abgeordneten wird nicht erteilt.

Das Gesetz über die **Wechsel- und Scheckzinsen** wird dem Ausschuß überwiesen, auch der Gesetzentwurf über die Errichtung der Deutschen **Rentenbankkreditanstalt** geht ohne Aussprache an den volkswirtschaftlichen Ausschuß.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die **Wiederaufnahme des Verfahrens** gegen die

Urteile der Bayerischen Volksgerichte.

Der Rechtsausschuß, in dessen Namen Abg. Dr. **Haas**-Baden (D.) Bericht erstattet, hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, wonach gegenüber den Urteilen der Bayerischen Volksgerichte die Wiederaufnahme des Verfahrens stattfinden kann. Die Wiederaufnahme zugunsten des Verurteilten findet auch dann statt, wenn aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen die Freisprechung des Angeklagten oder bei Anwendung eines milderen Strafgesetzes eine geringere Bestrafung zu erwarten ist. Darüber, ob der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens zulässig und begründet ist, entscheidet die Strafkammer. Die erneute Hauptverhandlung findet vor dem Gericht statt, das zur Zeit der Erneuerung der Hauptverhandlung für die Sache zuständig ist. Wer in dem wiederaufzunehmenden Verfahren als Richter mitgewirkt hat, ist von der Mitwirkung bei der Entscheidung über die Wiederaufnahme und in der erneuten Hauptverhandlung ausgeschlossen.

Bayer. Staatsrat **von Räschlein** wendet sich gegen den Gesetzentwurf. Die bayerische Regierung **bestreite die Zuständigkeit des Reiches** in der Frage der bayerischen Volksgerichte.

Abg. **Hampke** (W. Vg.). Schwerwiegende Bedenken gegen den Antrag lägen auf verfassungsrechtlichem Boden. Zwischen der bayerischen und der Reichsregierung bestünden ohnedies dauernde Konflikte.

Abg. **Lohmann** (D. N.) schließt sich der Auffassung der beiden Vorredner an. In dem Augenblick, wo zahlreiche Anträge auf Nachprüfung der Reichsverfassung vorlägen, wäre der Antrag aus staatspolitischen Gründen abzulehnen.

Abg. **Sänger** (S.) bringt zum Ausdruck, daß aus Gründen des reinen Rechtes die einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs am Platze wäre. Außerdem sei die Gültigkeitsdauer des Gesetzes über die bayerischen Volksgerichte längst beendet.

Abg. Dr. **Kahl** (D. Vp.) erklärt, daß er für seine Person dem Gesetz zustimmen werde, da innere Gründe ihn dazu veranlaßten. Von einem Eingriff in die bayerische Justizhoheit könne dabei keine Rede sein, weil Artikel 7 Absatz 3 der Reichsverfassung dem Reiche die Justizoberhoheit zugestehe.

Abg. **Trotzmann**-Nürnberg (B. Vp.) betont, daß gewisse Mängel am Gesetz über die Volksgerichte anzuerkennen seien, daß Bayern aber auf Grund der Reichsverfassung nicht in der Lage gewesen sei, das Gesetz zu ändern. Abg. Sänger habe sich vor längerer Zeit im bayerischen Landtag gegen einen Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten ausgesprochen, der die Aufhebung der Volksgerichte forderte (hört, hört). Der Redner wendet sich dagegen, daß der Reichstag in die Justizhoheit der Länder eingreife.

Abg. Dr. **Korsch** (K.) nennt die Volksgerichte die abscheulichsten Ausnahmegerichte.

Abg. Dr. **Haas** (D.) fragt, ob es nicht als sicher gelten könne, daß die Bayern selbst froh wären, wenn sie eine Möglichkeit der Wiederaufnahme der Verfahren der bayerischen Volksgerichte hätten. Wenn Bayern selbst nicht in der Lage sei, das Gesetz zu ändern, so sollte man in Bayern froh sein, daß das Reich diese Änderungen vornehme. Deshalb würde er für das Gesetz stimmen (Zustimmung).

Die dann vom Hause vorgenommene einfache **Abstimmung** über den grundlegenden Artikel 1 des Gesetzentwurfes ergibt keine klare Entscheidung. Im **Hammelsprung** wird der Gesetzentwurf mit 148 Stimmen gegen 126 Stimmen **angenommen**, desgleichen der Rest des Gesetzentwurfes in zweiter und dritter Lesung. Das Haus wendet sich dann der Beratung des

Haushalts für die Ausführung des Friedensvertrages

zu.

Abg. **Dauch** (D. Vp.) gibt namens der deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung eine Erklärung ab, dahingehend, daß eine Besprechung des Haushaltes für die Ausführung des Friedensvertrages nicht erfolgen könne, ehe der von der Regierung angekündigte Ergänzungstext vorgelegt sei.

Abg. **Deruburg** (D.) schließt sich dieser Auffassung an.

Abg. **Rosenberg** (K.) will sich nur dagegen wenden, daß 7,5 Millionen in den Etat eingeschlossen seien als Entschädigung für die durch den Friedensvertrag geschädigten Munitionsfabriken.

Das Haus stimmt dem Etat für die Ausführung des Friedensvertrages pro 1924 zu und dem für 1925 in zweiter Lesung und vertagt sich auf Dienstag, 2 Uhr. Tagesordnung: Gesetzentwurf über die Devisengeschäfte und Beratung des Reichswehrministeriums.

Die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten

In London wurde am Montag im Forreign Office die **Antwort Briands** auf die Fragen der britischen Regierung wegen des Entwurfs der französischen Note auf den **deutschen Paktvorschlag** vorgelegt und erläutert. Die **Kölner- und die Abrüstungsfrage** dürften dagegen im englischen Kabinett am heutigen Dienstag noch nicht behandelt werden, da keine **Einigung** wegen der alliierten Mantelnote an Berlin erzielt worden ist.

„Westminster Gazette" spricht von einer **neuen Krisis** in den englisch-französischen Beziehungen. Der diplomatische Berichterstatter des Blattes schreibt, aus der Antwort Briands gehe hervor, daß die **Franzosen es ablehnten, daß Deutschland** als Mitglied des Völkerbundes das **Recht** haben sollte, entsprechend den Bestimmungen der Satzungen wegen einer Revision der **Ostgrenzen zu appelieren**. Ferner bestehe Frankreich darauf, daß Deutschland dem Völkerbundsrat gegenüber als **Verpflichtung** anerkennen müsse, **Truppen im Kriegsfalle freien Durchzug** durch deutsches Gebiet zu gewähren. Die britische Auffassung sei, daß das Problem der polnischen Grenzen und andere Fragen leichter beseitigt werden könnten, wenn Frankreich das deutsche Angebot eines Sicherheitspaktes im Westen annehmen würde. Großbritannien sei **nicht geneigt**, Verpflichtungen für die starre Aufrechterhaltung der polnischen Grenzen für alle Zeit einzugehen. Zur Verzögerung der Lösung der **Kölner Frage** bemerkt der Korrespondent, die Meinungsverschiedenheiten wegen der Mantelnote bezögen sich darauf, ob nicht gewisse Punkte ihres Entwurfs geeignet sein würden, das Ziel der britischen Politik zu vereiteln, die Abrüstungs- und Räumungsfrage in Übereinstimmung mit dem Vertrag für die Ruhrräumung bestimmten Datum zu regeln. Vertrag zu dem für die Ruhrräumung bestimmten Datum zu regeln.

In einem Leitaufsatz spricht „Westminster Gazette" Bedenken aus wegen der ständigen Verzögerungen in den Verhandlungen mit den Franzosen über den Sicherheitspakt und die Kölner Frage. Das Blatt sagt, was Köln betreffe, so müsse man annehmen, daß Beweismaterial für einen deutschen Verzug zwar vorhanden sei; wenn es aber noch nach vier Monaten schwierig sei, Material vorzubringen, dann entstehe unvermeidlich der Eindruck, daß der vorgegebene Grund **nicht der wirkliche Grund** oder mindestens nicht der ausschließliche Grund für die Fortsetzung der Besetzung sei. „Daily Sketch" bemerkt, die Mitteilung des französischen Botschafters habe in der Downing Street eine pessimistische Stimmung hervorgerufen und sei leicht Wasser auf die Mühle für diejenigen Minister, die für Großbritanniens völlige Zurückziehung von den europäischen Angelegenheiten seien.

König Ferdinand von Bulgarien ist in **Berlin** eingetroffen und im Hotel Adlon abgestiegen.

Politische Neuigkeiten

Um den spanischen Handelsvertrag

Die **Zentrumsfraktion** des Reichstages beschäftigte sich am Montag wie das „B. T." berichtet, in einer Sitzung mit dem deutsch-spanischen Handelsvertrag und der Zolltarifvorlage. An der Sitzung nahmen der Reichskanzler Dr. **Luther** und Reichsaußenminister Dr. **Stresemann** teil, die sich über den Handelsvertrag äußerten. Es kam zum Ausdruck, daß die Stellungnahme des Zentrums zu dem Handelsvertrag von der Entscheidung der Deutschnationalen abhängig gemacht werden soll. Im Anschluß an die Sitzung des Zentrums verhandelten Dr. Luther und Dr. Stresemann mit der **deutschnationalen** Reichstagsfraktion. Wie das Blatt erfahren haben will, soll, wenn bis Mittwoch keine Einigung zustandegekommen sei, nochmals der Weg der Vertagung beschritten werden.

Obstruktion der Linkssozialisten in Sachsen

WTB. **Dresden**, 26. Mai. Die zweite Beratung des Gesetzentwurfes der **Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen** in der gestrigen Vollsitzung des **sächsischen Landtages** führte zu einer ungemein heftigen Auseinandersetzung zwischen der aus den **bürgerlichen Parteien** und den 23 **Rechtssozialisten** bestehenden **Mehrheit** und der aus den **Linkssozialisten und den Kommunisten bestehenden Minderheit**, welche die Verabschiedung der Vorlage durch Verschleppungsanträge und Obstruktionsreden zu verhindern suchten. Die Sitzung, die gestern nachmittag um 1 Uhr begann, dauerte heute morgen um 7 Uhr noch an.

Die französische Kammer über Elsaß-Lothringen

Im Verlaufe der großen französischen Kammerdebatte über die Verwaltungsreform in Elsaß-Lothringen ergriff der Abg. Abbé **Müller** das Wort und erklärte, daß, als 1918 Frankreich vor das Problem „Elsaß-Lothringen für Frankreich" gestellt wurde, dieses ein fast autonomes Verwaltungsregime besessen habe, während Frankreich unter einem fast **übertriebenen Zentralismus** lebte. Der Gedanke des Regionalismus habe in Frankreich Forschritte gemacht. Seine Anhänger seien der Ansicht, daß Elsaß-Lothringen das beste Muster für eine Regionalisierung Frankreichs sei. Das Elsaß müsse so genommen werden, wie es nach Frankreich gekommen sei, also fast autonom. Unter dem **deutschen Regime** sei Elsaß-Lothringen **gut verwaltet** gewesen, übrigens nach guten Methoden französischen Ursprungs, die man nach und nach den neuen Bedürfnissen angepaßt habe. Es sei notwendig, mit der guten Verwaltung fortzufahren oder besser, zu regieren. Der Abgeordnete schloß, indem er die Kammer aufforderte, die örtlichen Auffassungen zu respektieren. — Darauf wurde in die Einzelberatung der Gesetzesparagraphen eingetreten.

Caillaux über seine Finanzreformpläne

Caillaux, der in der Montag-Nachmittagssitzung der **französischen Kammer** die Finanzreformpläne der Regierung vorgelet hat, erklärte in Begründung seiner Anträge, das zu deckende Defizit betrage ungefähr 4 Milliarden Franken. Man fordere keine Erhöhung der **Verbrauchssteuern**, weil die Regierung bei der gegenwärtigen Lebensmittelteuerung keine Erhöhung der indirekten Steuern vorschlagen wolle. Außer der Erhöhung der **Tabakpreise** würden also weitere Erhöhungen der indirekten Steuern nicht gefordert. Jedoch denke man besonders an die **Einkommensteuererhöhung** von 10 bis 20 Prozent. Letzterer Satz gelte für die Einnahmen aus Kapitalien, Einnahmen bis zu 20 000 Franken blieben von der vorgeschlagenen Erhöhung befreit. Ferner bezwecke die Reform noch, den vollen Eingang der Einkommensteuer zu sichern. Caillaux forderte alsdann, daß bei gewissen Unternehmungen, die eine **Monopolstellung** einnehmen, der **Staat** das Recht habe, einzugreifen und im Rahmen der Gesellschaft einen **Anteil** an dem außerordentlichen Gewinn, der vor allem auf der fehlenden Konkurrenz beruhe, zu beanspruchen. Im übrigen sprach der Finanzminister die Hoffnung aus, daß die Regierung auf das Vertrauen des Landes zählen könne, so daß man einen Teil der fälligen **kurzfristigen Obligationen** nicht zurückerstatten müsse, sondern in irgend einer Form zu **prolongieren** in der Lage sein werde. So würde eine Konsolidierung geschaffen, damit man in Ruhe die große Reorganisation und Sanierungsreform ausarbeiten könne.

Der Nachfolger des General de Metz. Der provisorische Nachfolger des General de Metz, **Rousseau**, ist, wie der „Ludwigshafener Generalanzeiger" meldet, abberufen worden und wird zur Rheinlandskommission nach Koblenz zurückkehren. Die Leitung der Provinzdelegation für die Pfalz wird jetzt der ursprünglich für diesen Posten vorgesehene frühere Chef der Presseabteilung beim Stabe des Generals Degoutte in Düsseldorf, **Valot**, übernehmen.

Amerikanische Frauen

Lustspiel in drei Akten von Avery Hopwood.

(Uraufführung des Landestheaters im Konzerthaus.)

In Amerika regiert die Frau. Wahrscheinlich ist das der Grund, warum es diesem Lande so gut geht. Für uns Deutsche ist diese Stellung der Frau etwas ganz Unbegreifliches. Würden wir uns aber die amerikanischen Verhältnisse genauer betrachten, würden wir uns um das Verständnis der seelischen Struktur des amerikanischen Mannes und der amerikanischen Frau bemühen, dann würden wir finden, daß an den dortigen Zuständen gar nicht soviel Wunderbares ist.

Jeder Mensch zieht die Kleidung an, die ihm auf den Leib paßt. Und so hat auch jedes Volk die Sitten und Gebräuche, die ihm gerade passend erscheinen. Würden wir im zentralafrikanischen Urwald leben, so würden wir, um nicht im Kampf ums Dasein unterzugehen, sehr bald das Herumklettern auf den Bäumen lernen. Und unsere Enkelkinder würde man wahrscheinlich von der dortigen Urbevölkerung, den Pygmäen-Negern kaum mehr unterscheiden können. Auch diese Neger sind nicht etwa aus Freude an der Vertiertheit auf diese niedrige Stufe der Kultur herabgestiegen, sondern weil die **Zweckmäßigkeit** es gebot. Und so ist **alles** in der Welt irgendwie zweckmäßig.

Auch die herrschende Stellung der amerikanischen Frau. Diese Stellung beruht zweifellos auf einer in aller Stille abgeschlossenen Übereinkunft (Konvention) zwischen den Geschlechtern. Den Männern sagt sie im großen und ganzen offenbar zu, sonst würden sie die Dinge ja sehr rasch ändern können. Auch die amerikanische Frau fühlt sich recht wohl dabei. Und es ist und bleibt doch immerhin bemerkenswert, daß nur in den Ländern, in denen die Stellung der Frau eine so überragende ist, also in Großbritannien und Nordamerika, der Begriff und der Typus des „gentleman" entstehen konnte. Die gesellschaftlichen Sitten der Männer haben sich in diesen Ländern in erfreulicher Weise verfeinert, und die Höflichkeit der Frau gegenüber ist nicht nur absolut, sondern auch in allgemeinmenschlicher Beziehung eine sittlich reizvolle Eigenschaft.

Auswüchse gibt es selbstverständlich auch in den angelsächsischen Ländern. Das Regiment der Frau in den Kreisen der oberen Zehntausend hat vielfach übertriebene Formen angenommen und strahlt zudem eine Kälte aus, unter der vielleicht doch hie und da einmal ein amerikanischer Ehemann leiden mag. Und in den untersten Schichten sehen wir eine andere Kehrseite der Medaille; dort benutzt die Frau ihre Unabhängigkeit, um sich in Lastern zu betätigen, die in Europa gottlob nur den Männern reserviert sind, vor allem im Laster des Trinkens. In keinem Lande der Welt sieht man soviel betrunkene Frauen auf der Straße, wie in den Großstädten Englands.

Der Titel des dreiaktigen Lustspiels, das am letzten Sonntag im Städtischen Konzerthaus seine **deutsche Uraufführung** erlebte, heißt **„Amerikanische Frauen"**. Er ist in seiner allgemeinen Fassung nicht ganz gerechtfertigt, da uns lediglich Vertreterinnen der reichsten Bevölkerungsschicht vorgeführt werden. Aber die in dem Lustspiel betonte Tatsache der überlegenen Stellung der amerikanischen Frau gilt ja schließlich für das ganze Gebiet der Union.

Einstweilen möchte ich daran **zweifeln, daß der Verfasser ein richtiger Amerikaner ist.** Denn, wenn er auch die Zustände als solche ganz zutreffend schildert, so ist die dramatische Entwicklung des Lustspiels und seine gesellschaftspsychologische Tendenz durchaus deutsch bezw. europäisch empfunden. Ich kann mir nicht denken, daß dieses Lustspiel sich auf der amerikanischen Bühne behaupten würde.

Ganz abgesehen davon, daß es einen **schweren psychologischen Konstruktionsfehler** aufweist. Die Zähmung der drei amerikanischen Frauen des Lustspiels durch den plötzlich energisch und herrenbewußt gewordenen Ehemann gelingt doch nur deshalb, weil diese drei Frauen eben keine echten amerikanischen Frauen sind, d. h., weil sie in schier gretchenhafter Weise in ihre Männer verliebt sind. Und das gehört denn doch in Amerika gottlob zu den Seltenheiten. Die Erziehungsmethode, die hier in dem Lustspiel der Ehemann Tom Morgan anwendet, und die in erster Linie mit der Eifersucht der Frau arbeitet, würde in Amerika nur sehr bescheidene Erfolge erzielen. Ferner aber — und das ist die Hauptsache — sind diese Frauen, die es über sich bringen, den größten Teil des Jahres fern von ihren schwerarbeitenden Männern in der Welt herumzureisen, sicherlich nicht so verliebt in ihn, daß sie sich all das gefallen ließen, was der Autor des Lustspiels ihnen zumutet; und Frau Morgan würde in der Wirklichkeit ganz bestimmt nicht die nach amerikanischen Begriffen unwürdige Rolle spielen, wie sie ihr derselbe Autor im zweiten Akt zudiktiert.

Immerhin war es für ein deutsches Publikum ganz interessant, einmal zu sehen, wie sich ein europäisch empfindender Autor die Entthronung der amerikanischen Frau vorstellt. Und wenn auch das Stück im ganzen nur Eintagsware ist, so hat es doch einige recht amüsante Szenen und vermag zwei Stunden lang zu fesseln, wenn es in einer guten Aufführung gegeben wird. Und das war am Sonntag der Fall. Die Regie (Friedrich Beug) hatte sich der Herrichtung des Bühnenbildes mit löblichem Eifer angenommen und für sehr hübsche Innenausstattungen gesorgt. Auch das Zusammenspiel der Mitwirkenden war von erfreulicher Einheitlichkeit. Da die einzelnen Darsteller ihre Aufgaben meist mit hervorragendem Geschick erfüllten, kam so im ganzen eine Aufführun zustande, die sich auch in einer wirklichen Großstadt hätte sehen lassen können.

Von den Mitwirkenden seien mit ganz besonderer Auszeichnung erwähnt: unser famoser jugendlicher Bonvivant **Alfons Kloeble**, der den Ehemann Tom Morgan menschlich wie künstlerisch gleich überzeugend gestaltete, und Frl. **Berlow** als dessen Frau. Wie schlecht muß doch unsere Theaterleitung beraten gewesen sein, daß sie sich diese ausgezeichnete schauspielerische Kraft wieder entgehen ließ! Frl. Berlow ist die geborene Bühnenkünstlerin, und sie bringt für ihr Fach Vorzüge in einer Fülle mit, wie sie auf deutschen Theatern wahrlich selten anzutreffen ist. Und so etwas läßt sich unsere Theaterleitung aus den Fingern gleiten! Es ist dies einer der allerbeirüblichsten Punkte, der an fatalen Ereignissen überreichen Geschichte dieser nun bald verflossenen Theatersaison. — Weiterhin seien mit Anerkennung genannt: Frl. **Clement**, Frl. **Nassé**, Frl. **Frauendörfer**, Herr Paul **Müller** und Herr **Bürkner**. — Das Publikum nahm das Stück mit lebhaftem Beifall auf.

Curt Amend.

Kurze Nachrichten

Die Selbstmorde in der Reichswehr. Im Haushaltsausschuß des Reichstages, der sich Montag nachmittag mit der Statistik der Selbstmorde in der Reichswehr beschäftigte, führte Reichswehrminister **Geßler** u. a. aus, er sei einverstanden, einen parlamentarischen Beirat des Reichswehrministeriums zur Prüfung der Selbstmorde in der Reichswehr heranzuziehen. Über die **Versorgungsfrage** liege ein Entwurf vor, der Länder und Gemeinden mehr als bisher binden soll, frühere Reichswehrangehörige anzustellen.

Ein demokratisches Dementi. Die in verschiedenen Zeitungen gebrachte Meldung, es fänden gegenwärtig Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der demokratischen Reichstagsfraktion zwecks Eintritt der Demokratischen Partei in die Reichsregierung statt, wird von dem „B. T." nach Erkundigung bei der demokratischen Reichstagsfraktion als unrichtig bezeichnet.

Deutsch - französische Verhandlungen in Düsseldorf. Die privatwirtschaftlichen Besprechungen zwischen deutschen und französischen Schwerindustriellen sind in Düsseldorf wieder aufgenommen worden.

Dr. Hommerich †. Der frühere langjährige Chefredakteur der „Germania", Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt, Dr. August **Hommerich**, ist Montag abend in Berlin nach kurzer Krankheit gestorben.

Freilassung Henry Barmats. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst von zuständiger Stelle erfährt, hat der Untersuchungsrichter auf die Vorstellung der Verteidiger unter Aufrechterhaltung des Haftbefehls die Freilassung Henry Barmats gegen Leistung einer Kaution von 10 000 Mark angeordnet.

Der internationale Flugverkehr. Auf eine Anfrage im Unterhause, ob die britische Regierung angesichts der **Weigerung Deutschlands**, den regelmäßigen Flugdienst über deutsches Gebiet nach der **Tschecho-Slowakei** zu gestatten, irgendwelche Schritte zu unternehmen gedenke, antwortete Chamberlain, es stehe der deutschen Regierung frei, die Erlaubnis zu solchen Flügen über deutsches Gebiet zu erteilen oder zu verweigern, wies sie es für gut befindet.

Die Lage in Marokko hat sich für die Franzosen nicht günstig gestaltet. Sie mußten nach amtlichen Berichten verschiedene Positionen räumen. Weitere Verstärkungen müssen nach Marokko gesandt werden.

Doumergue im Elsaß. Der Präsident der französischen Republik wird an den Pfingstfeiertagen in **Straßburg** einem dort stattfindenden Sportfest beiwohnen. Er wird auch in **Zabern** kurzen Aufenthalt nehmen.

Bestätigte Todesurteile in Bulgarien. Der König von Bulgarien hat, wie jetzt aus **Sofia** gemeldet wird, das Todesurteil gegen die Kathedrale-Attentäter Friedmann, Zadgorski und Koeff bestätigt.

Verschiedenes

Amundsens Schicksal

Über die Nordpolexpedition Amundsens wird aus **Oslo** berichtet, daß entgegen der allgemeinen Besorgnis **Fritjof Nansen** sich dahin geäußert habe, daß nicht der geringste Grund zu Befürchtungen vorliege. Eine Verspätung von einigen Tagen habe gar nichts zu bedeuten, da leicht unvorhergesehene Fälle eintreten könnten. — Das „B. T." erfährt von der Direktion der **Dornierwerke**, nach deren Lizenzen die beiden Eindecker Amundsens gebaut wurden, es sei unwahrscheinlich, daß den beiden Flugzeugen etwas zugestoßen ist. Die Motoren waren gründlich ausprobiert und Kühlwasser und Oel durch Beimischung gegen das Einfrieren gesichert. Sei dem einen Flugzeug ein Unfall zugestoßen, so würde der zweite Apparat verabredungsgemäß wieder nach Spitzbergen zurückkehren. — Auch der Chef des dänischen Flugwesens, Dr. **Koch**, ein erfahrener Polarfahrer, glaubt, daß kein Grund zu Befürchtungen vorliege. Amundsen habe vielleicht mehrmals landen und wieder starten und längere Fußmärsche machen müssen, bis er den Nordpol erreichte. Die jeweilige Ortsbestimmung, die bei Nebel überhaupt unmöglich sei, nehmen fast einen ganzen Tag in Anspruch. So könne die ganze Unternehmung erst nach einer Reihe von Tagen zu Ende gebracht werden.

*

WTB. **Oslo**, 26. Mai. „Norges Handels og Sjöfarts Tidende" meldete gestern nachmittag aus **Spitzbergen**: das arktische Gebiet wird von einem **Sturm** bedroht, der Amundsen zur sofortigen Rückkehr zwingen wird, falls er dazu imstande ist. Für heute rechnet man mit Schnee und Nebel.

Das Erdbeben in Japan

WTB. **Newyork**, 26. Mai. (Funkspruch.) Die „Associated Preß" meldet aus **Tokio**, daß über zwei Drittel der Stadt **Tohooka** durch das Erdbeben zerstört wurden. Über 3000 Häuser wurden vernichtet. Man hat über 300 Tote und 1000 Verwundete gezählt.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Das Verwaltungsgebührengesetz

Im Rechtspflegeausschuß stand kürzlich zur Beratung der Entwurf des Gesetzes über die **Änderung des Verwaltungsgebührengesetzes**. Zur Änderung nötigen verschiedene Gründe. Das Bedürfnis für die Änderung erwächst insbesondere aus der Abänderung reichsgesetzlicher Vorschriften. Sportelfreiheit sollen künftig außer den Armen alle Personen genießen, die in öffentlich-rechtlicher Fürsorge stehen. Ein Zentrumsantrag geht weiter. Darnach sollen alle Leute frei sein, die als Hilfsbedürftige Anspruch auf gehobene Fürsorge haben. Dieser Antrag fand allseitige Zustimmung. Neugeregelt werden ferner die Gebühren für die Ausstellung von Reise- und sonstigen Legitimationsgebühren. Die Taxe ohne Sportel soll im Verordnungswege künftig bestimmt werden. Diese Verordnung ist dem Landtag vorzulegen.

Auch die Gebühren für **Jagdpässe** werden neu festgesetzt. Deren Bemessung wurde ausgiebig besprochen. Ein Zentrumsredner will Reichsausländer stärker wie vorgesehen, herangezogen wissen. Ein anderer Abgeordneter des Zentrums hält 150 Mk. für genügend. Nach Auskunft eines Regierungsvertreters jagen zurzeit in Baden 205 Ausländer. Im laufenden Jahre wurden bisher insgesamt 3071 gewöhnliche Jagdpässe für Inländer ausgestellt. Wochenjagdpässe für Gäste wurden 2517 ausgefolgt. An das Forst- und Jagdschutzpersonal wurden 1711 Pässe ausgegeben. Die Zahl der Paßinhaber ist im letzten Jahre nicht unwesentlich zurückgegangen. Nach einem einstimmigen Beschluß sollen Ausländer künftig 200 M. als Taxe für einen Jagdpaß bezahlen.

Auf dem Heuberg

sind wieder eine Anzahl erholungsbedürftiger Kinder eingekehrt. Sie finden dort oben sicherlich die gesuchte Festigung ihrer Gesundheit. In den nächsten Tagen und Wochen und Monaten wird überhaupt dort oben lebhafter Betrieb sein.

Über sonstige Änderungen auf dem Heuberg berichtet das **Nachrichtenblatt** für den Heuberg, das während des Sommerhalbjahres allmonatlich erscheint, u. a.: Staatsminister und Oberbürgermeister a. D. **Dominikus** hat den Ruf unseres Vorstandes angenommen. Seit 5. April dürfen wir ihn als unseren neuen Anstaltsleiter in unserer Mitte haben. Dr. **Behm** ist nach Bad Orb gezogen als leitender Arzt des dortigen Sanatoriums. An seine Stelle trat Herr Dr. **Rüscher** der aus Bad Rappenau zu uns kam. — Den Posten der Wirtschaftsleitung übernahm Frl. **Rubitschung** von Freiburg.

Am 4. und 5. April kamen unsere „Tanten" aus allen Gauen des deutschen Vaterlandes. Etwa 250 sind es an Zahl. Der Einführungskurs in die Heubergarbeit, der von der Gliedern der Anstaltsleitung erteilt wird, hat begonnen. Die Vorsitzende unseres Vereins, Frau Oberregierungsrat Dr. Baum, hielt den 1. Vortrag über Erholungsfürsorge.

Über Dr. **Behm** wird an anderer Stelle noch gesagt: Dr. Behm war 4 Jahre lang unser leitender Arzt gewesen, vier Jahre lang hatte er dem Heuberg alle Kraft und alle Liebe gewidmet. Was er dem Heuberg war, das läßt sich nicht in ein paar Zeilen drucken, denn Dr. Behm bedeutet uns unendlich viel.

Die Elektrizitätsversorgung Pforzheims

Pforzheim, den 22. Mai

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Nachdem der Ausschuß für Elektrizitätswerke und Straßenbahn, sowie der Stadtrat **Pforzheim** schon kürzlich ihre Zustimmung dazu erteilt hatten, mit dem Badenwerk einen neuen Vertrag über Bezug von elektrischer Energie abzuschließen, hat jetzt der Bürgerausschuß diesen Beschluß gutgeheißen, wodurch der Stromlieferungsvertrag nunmehr endgültig zustande gekommen ist. Damit unterbleibt zurzeit die im Interesse der gesamten badischen Volkswirtschaft und aller badischen Steuerzahler höchst unerwünschte Aufstellung einer Dampfturbine und vor allem die langfristige Festlegung großer, für unsere totkranke Wirtschaft unentbehrlicher Kapitalsbeträge, welche in der Zeit eines allgemeinen katastrophalen Geldmangels nicht hätte verantwortet werden können.

Der Beschluß der städtischen Körperschaften trägt somit einer in den Berichten des bekannten Volkswirtschafters R. **Calwer** neulich im Hinblik auf die in letzter Zeit wiederholt zu verzeichnenden Fälle einer unvernünftigen Wärmewirtschaft erhobenen Warnung Rechnung. In dieser war ausgeführt, „daß es für Deutschland in der jetzigen Zeit notwendig ist, in Rücksicht auf die durch den unglücklichen Kriegsverlauf verursachte starke Verschuldung, sparsam mit den knappen zur Verfügung stehenden Geldmitteln umzugehen und dieselben nur dann im Betrieb anzulegen, wenn wirklich hohe, kaufmännisch nicht herauszuholende Leistungen zu erwarten sind. Im allgemeinen sei zu sagen, daß nur solche brennstoffersparende Neuanlagen lohnend werden können, die sich in 5 Jahren bezahlt machen, da sonst zu befürchten ist, daß in der jetzigen technisch schnell fortschreitenden Zeit und bei dem hohen Kapitaldienst eine Rentabilität unmöglich ist; im Hinblick auf die derzeitigen in Deutschland vorhandenen ungünstigen Geldbeschaffungsverhältnisse sei es sonst abwegig, kostspielige neue Anlagen zu schaffen."

Wie aus den Beratungen in den städtischen Körperschaften bekannt wurde, ist der vom Badenwerk eingeräumte Strompreis zu bemessen, daß zurzeit ein Vorteil bei Erweiterung durch eine moderne Dampfturbine im eigenen Elektrizitätswerk der Stadt nicht mehr zu errechnen war. Die Stadt wird nunmehr durch eine besondere sehr leistungsfähige Leitung unmittelbar an den Hauptknotenpunkt der im Bau befindlichen Höchstspannungsleitung, die die schweizerischen und badischen Wasserkräfte mit den rheinischen Braunkohlenvorkommen verbinden wird, nämlich an die Hauptschalt- und Transformatorenstation Scheibenhardt bei Karlsruhe angeschlossen. Sie ermöglicht damit eine sichere, stets konkurrenzfähige Belieferung ihrer Abnehmer, insbesondere der industriellen Betriebe mit elektrischer Energie aus unerschöpflichen, von Streiks in der Kohlenförderung oder dem Transport unberührten Kraftquellen und wird so der Sorge enthoben, bei steigendem Elektrizitätsverbrauch immer wieder weitere Kraftmaschinen aufstellen zu müssen.

Der Fall Gumbel

Die Philosophische Fakultät der **Universität Heidelberg** hat in ihrer Sitzung vom 16. Mai in Sachen des **Disziplinarverfahrens gegen den Privatdozenten Dr. Gumbel** entschieden, daß die venia legendi nicht entzogen werden könne. Nach einer eingehenden Darstellung der Gesamtpersönlichkeit Dr. Gumbels kommt der mit allen gegen eine Stimme gefaßten Beschluß zu folgenden Schlußsätzen:

„Dr. Gumbel hat zwar durch sein Verhalten, das seine Stellung erfordert, aufs schwerste erschüttert. Aber erst dann, wenn fortgesetzte Verfehlungen von der Art vorliegen, daß die allgemeine Meinung unabhängig von Partei, Religion und Weltanschauung eine Persönlichkeit für sittlich unwürdig hält, kann eine Entziehung der venia in Frage kommen. Der Untersuchungsausschuß hat aber in seinem Bericht vom Sommer 1924 festgestellt, daß die Beurteilung Dr. Gumbels durch die verhörten Zeugen offenbar von politischer Partei- und Weltanschauung abhängig und keineswegs einheitlich ist. So sehr die Fakultät die Empfindungen der Dr. Gumbels Äußerung Getroffenen teilt, oder wenigstens versteht und ehrt, so muß gerade sie sich, als philosophische Fakultät, davor hüten, auch nur durch den Schein einer einseitigen weltanschaulichen Stellungnahme der Idee der Universität zuwiderhandeln. Die Fakultät muß den Gefahren ins Auge sehen, die entstehen, sobald das kostbare, in einer langen Geschichte herausgebildete Prinzip der **freien Lehre**, der freien Vertretung aller Weltanschauungen von ihr selbst verletzt würde. So unerfreulich ihr Persönlichkeit und Gesinnung Dr. Gumbels sind, sie glaubt eher ein solches Mitglied ertragen zu können, als Gefahr laufen zu dürfen, eine nicht von jeder Seite als unangreifbare Ausschließung eines ihrer Mitglieder vorzunehmen".

In dem Gutachten des Untersuchungsausschusses wird Dr. Gumbels Gelehrteneigenschaft keineswegs angezweifelt, er wird aber als **fanatischer Idealist** bezeichnet, der an seine Sache, den Pazifismus, glaube, und seine Mission darin sehe. Das Gutachten sieht in ihm eine ausgesprochene Demagogennatur mit einem geradezu elementaren Mangel an Takt.

Eine Studienreise badischer Gesellenprüflinge

Das Bad. Landesgewerbeamt hat auch in diesem Jahre wieder einer Anzahl junger Leute, welche die Gesellenprüfung mit gutem Erfolg abgelegt hatten, ein **Stipendium für eine Studienfahrt nach München** verliehen. Seitens des Landesgewrbeamts wurden 25 und seitens der Handwerkskammer Mannheim, Freiburg und Konstanz 9 Prüflinge (darunter 6 Mädchen) mit diesem Reisestipendium bedacht. Die Reise wurde am 17. Mai angetreten und endigte am 21. Mai.

Während des Aufenthalts in München wurden das Deutsche Museum, die Neue Pinakothek sowie das National-Museum besichtigt und an einem Nachmittag ein Ausflug nach Starnberg mit einer Rundfahrt auf dem See unternommen. Das Interesse bei den Besichtigungen war allerseits recht groß. Besonderen Eindruck hinterließen die Werke des Deutschen Museums und des Nationalmuseums. Die Führung der Reisegesellschaft lag in Händen des Regierungsrats Vollmer.

Die Studienreise hat ohne Zweifel den Teilnehmern wertvolle Eindrücke vermittelt, ihre Kenntnisse erweitert und ihnen manche Anregung für die Weiterbildung gegeben.

Historisches Kammerkonzert zu Bruchsal

Die Bruchsaler Ortsgruppe des Landesvereins „Badische Heimat", die schon im letzten Jahre **historische Kammerkonzerte** im Fürstensaal des Schlosses veranstaltet hatte, wiederholte auch heuer diesen glücklichen Gedanken. Man hatte offensichtlich mit einer sehr starken Anziehungskraft gerechnet, leider war aber die Besucherzahl, die das erste Konzert (am Sonntag nachmittag) aufwies, nur mäßig, obwohl das Programm selbst das größte Interesse bei allen Musikfreunden der näheren und weiteren Umgebung zumindest gerechtfertigt hätte, da es Werke zur Aufführung brachte, die zum Teil mit der Geschichte des Bruchsaler Schlosses eng verbunden sind. Stammten doch manche davon aus der Musikbibliothek des Bruders des ersten Bruchsaler Schloßherrn und waren diese daher besonders geeignet, für Augenblicke wenigstens den Geist der Zeit wachwerden zu lassen, der das ehemalige fürstbischöfliche Residenzschloß geschaffen hatte.

Aber auch aus einem anderen Grund hätte gerade die diesmalige Vortragsfolge vermehrte Beachtung verdient. Die Zeit des Barock steht uns Heutigen wieder sehr nahe, doch sollten wir diesen Begriff nicht nur mit Wortkünsten umschmeicheln, sondern bis zu seinen Wurzeln vordringen. Wo gelingt das aber besser als im Musikstil des 18. Jahrhunderts? Und wird der Kernpunkt unseres Verhältnisses zu Bach, zu Händel, ja zu Haydn und Mozart nicht deutlicher, wenn wir auch Werke ihrer Zeitgenossen uns einmal anhören? Man kann beinahe behaupten, daß unsere Bach- und Händel-begeisterte Zeit heuchelt, wenn sie das nicht tut und wenn sie es versäumt, die große Stilreform des 18. Jahrhunderts gelegentlich mit eigenen Ohren zu erleben. Denn darin sah ich vornehmlich die überlokale Besonderheit der diesjährigen Bruchsaler Veranstaltung, weniger in der Vielheit der Darbietungen. Das Programm war ein stil-urkundlicher Beitrag zum Barocken, natürlich auch durch den geschichtlich wertvollen Rahmen bedeutsam wirkend; denn vor dem historisch echten und architektonisch so schönen Hintergrund hoben sich die einzelnen Komponisten, von deren Existenz sonst nur noch gelehrte Bücher erzählen, umso markanter ab und treten lebendig vor uns. Alle Namen und Werke der Italiener und Deutschen hier aufzuzählen, die da neben bekannten Schöpfungen von Bach, Händel und Mozart der Vergessenheit entrissen wurden, kann selbverständlich nicht Zweck dieser Besprechung sein, so sehr es auch reizt, zu den Einzelpersönlichkeiten Stellung zu nehmen. Aber da müßte in weit größerem Zusammenhang geschehen können, zumal einzelne Gattungen wie die Suite für Kammer- und Streichorchester, die Sonate, die Aria gleich in drei- und vierfacher Variation zum Vortrag kamen. Nur sei angemerkt, daß auch Werke von sonst so unbekannten Komponisten wie Christoph Förster, von Giorgio Reutter recht gut gefielen und ihre Wiederentdeckung unbedingt lohnten. Auch diese lang Verkannten produzierten eben nicht nur musikalische Scheidemünze, auch ihre Werke muten heute nicht bloß als sorgloser Abklatsch und abgeleierte Floskel an, sondern sind Träger eines bestimmten Stilwillens, den man auch dort neu schätzt, wo er dem allgemeinen Vorrat an Landläufigem entnommen scheint und auf charakteristische Eigenprägung verzichtet.

Die Wiedergabe sämtlicher Werke lag einem kleinen Kammerorchester in historischem Kostüm ob. Es waren größtenteils Dilettanten, dafür machten sie ihre Sache sehr gut, obschon man sich Absicht und Wirkung des einen oder andern spinnenzarten Tongewebes doch noch subtiler denken kann. Die Cembalobegleitung der Originalwerke war beibehalten; der städt. Musikdirektor Fr. **Hunkler** leitete die Aufführung von einem alten Flügel aus. Das war sicherlich sehr stilgemäß und vermittelte dann und wann in der Tat den Zauber der veralteten Praxis, aber vorherrschend blieb der Eindruck, daß ein guter moderner Flügel die Wirkung dann doch wesentlich erhöht hätte, und prinzipiell schließt eine Rückwendung zur alten Kunst auch nicht aus, daß man das mit den Mitteln der modernen verbesserten Technik tut. Doch hier berühre ich eine noch ungeklärte Streitfrage, die Wissenschaft verlangt es so, der Geschmack wieder anders; entscheidend sollte aber letzten Endes sein, daß durch solche Retuschen nichts gefälscht, sondern die Wirkung nur erhöht wird, es sei denn, daß ein wirklicher Kenner am Cembalo sitzt. In Bruchsal war das leider nicht der Fall, und daher trat eine leichte vorzeitige Ermüdung bei den Instrumentalwerken ein. Bei den Arien wurde Ähnliches vermieden dank der trefflichen Interpretation durch Gia **Ginster**. Von dieser jungen, noch unbekannten Frankfurter Konzertsängerin wird man bald wohl mehr hören, denn sie zählt zu den seltenen Vertreterinnen des Ziergesangs, die außer einer bravouriösen Technik noch anderes besitzen: Herz und Seele. Das ist ein Kredit, den man ihrer Zukunft ruhig gutschreiben darf, gerade bei solchen Sängerinnen wird die ganze Barockwelt noch stärker aufblühen. Bei ihren Gesängen erlebte man die idealen Stilmerkmale des Barocken am eindringlichsten. Kein Wunder, daß dem oft zögernden Beifall den Instrumentalwerken gegenüber ihre Darbietungen spontanen und rauschenden Erfolg hatten und mit den verdächtigsten Barock-Klauseln schnell versöhnten.

H. Sch.

Badisches Landestheater. Am Mittwoch, den 27. ds. Mts. findet eine Wiederholung von Flotows „**Martha**" in der bekannten Besetzung statt. Freitag, den 29. ds. Mts. wird Mozarts „**Don Juan**" wiederholt. Am Sonntag, den 31. ds. Mts., also am ersten Pfingstfeiertage gelangt Halevys große Oper „**Die Jüdin**" zur Aufführung. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Schweppe, die Spielleitung Oberregisseur Stang. In den Hauptpartien sind beschäftigt, die Damen Brügelmann, von Ernst und die Herren Balve, Rentwig, Dr. Wucherpfennig, Lander und Loichinger. Am Pfingstmontag 1. Juni gelangt Puccinis „**Bohème**" zur Wiederholung, in welcher Aufführung Frau Mathilde Schuh vom Opernhaus Hannover, eine geborene Karlsruherin, die Partie der Mimi als Gast singen wird. Die übrige Besetzung ist die gleiche wie in den bisherigen Aufführungen. — In Vorbereitung befindet sich eine Neueinstudierung von Gounods Oper „**Romeo und Julia**", welche für Sonntag, den 7. Juni in Aussicht genommen ist.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gemeinde-Rundschau

Die Karlsruher Kreisversammlung

nahm am Montag zunächst den Bericht des Kreisvorsitzenden **Strütt** entgegen, der sich gegen die Bestrebungen für Aufhebung der Kreise wandte. Den Kreisen sei bereits das Gebiet der Fürsorge zu einem Teil genommen und ihnen nur noch die Landarmenpflege belassen worden. Angebracht wäre es, daß man den Kreisen die Jugendfürsorge zuweise. Der Kreisvoranschlag 1. April 1925/26 schließt ab in den Ausgaben mit 1 306 663 M. und in Einnahmen mit 796 080 M., somit verbleibt ein ungedeckter Aufwand von 510 583 M. In der Kreispflegeanstalt Hub, die im vorigen Jahre auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken konnte, beträgt die Zahl der Pfleglinge 776 gegen 746 im Vorjahr.

Landeskommissar **Gräser** wandte sich gegen die Behauptung des Kreisvorsitzenden, die Denkschrift der badischen Regierung über die Fürsorge weise eine tendenziöse Einstellung gegen die Kreise auf, und erklärte, dies sei nicht richtig. Über das Weiterbestehen der Kreise werde nicht hier, sondern im Badischen Landtag entschieden. Darauf erwiderte Kreisvorsitzender **Strütt**, die **Regierung** habe die Kreise nicht zur Beratung zugezogen.

Über die **Badische Lokaleisenbahnen A.-G.** berichtete Stadtrat Rechtsanwalt Wilhelm **Frey**-Karlsruhe: 1924 konnten die in den letzten 15 Jahren stark herabgewirtschafteten Anlagen einigermaßen wieder erneuert werden. Die Zahl der beförderten Personen und Güter überstieg in der zweiten Hälfte des Jahres den Friedensverkehr beträchtlich. Vielseitigem Interesse begegnet das von dem Kreisabgeordneten Randel entwickelte Projekt über die Erbauung einer Vollspurbahn von Ittersbach nach Wilferdingen. Bei der Bleag handelt es sich um die Albtalbahn, die Bühlertalbahn, die Linien Bruchsal—Hilsbach—Menzingen; Neckarbischofsheim—Hüffenhardt; Wiesloch—Meckesheim—Waldangelloch. Der größte Teil der Gleise dieser fünf Linien und fast sämtliche Betriebsmittel sind stark überaltert und müßte erneuert werden, es sind aber keine Mittel dafür da. Die Klagen über die Strecke Karlsruhe—Ettlingen werden nicht eher verstummen, bis die Linie zweigleisig ausgebaut ist. Dafür sind 850 000 M. nötig.

Für Neubauten und Hauptausbesserungen an Kreiswegen wurden 18 200 M. einstimmig bewilligt. Gegenüber dem Voranschlag des Vorjahres mit 198 715 M. ist für die Unterhaltung der Kreisstraßen diesmal eine Steigerung um 68 730 M. ≙ 34 v. H. eingetreten. Die Länge der Kreisstraßen betrgt 147 103 Meter. Für die Wandererfürsorge sind 12 000 M. vorgesehen. Im weiteren Verlaufe der Beratungen wurde auch auf die Bedeutung einer festen Brücke bei Maxau hingewiesen. Der Voranschlag für die Kreispflegeanstalt Hub fand Zustimmung, worauf die Kreisversammlung einstimmig den **ganzen Voranschlag** für den Kreis genehmigte und den Kreisrat ermächtigte, nach Feststellung der Kreissteuerwerte den Kreissteuerfuß für das Rechnungsjahr 1925 unter Zugrundelegung eines ungedeckten Aufwands von 510 583 M. und der sich etwa aus der Änderung des Steuerverteilungsgesetzes ergebenden Abweichungen festzusetzen.

Der Stadtrat Durlach hat die Straßenpolizeiordnung dahin ergänzt, daß vor Reinigung der Straßen, einschließlich der Gehwege, diese leicht abgesprengt werden müssen und außerdem das Wegwerfen von Obstabfällen auf dem Gehwege unter Strafe gestellt wird.

Straßenbahn Baden-Oos. Der Bürgerausschuß **Baden-Baden** genehmigte einstimmig einen Antrag des Stadtrats betr. die Verlängerung der Straßenbahn von der Dreieichenkapelle bis zum Bahnhof Oos. Auch der Bürgerausschuß Oos hat einen Vertrag über den Bau bereits genehmigt und den Betrag von 110 000 Mark zur Verfügung gestellt. Die Gesamtkosten stellen sich auf 220 000 Mark. Die Strecke wird von der Stadt Baden gebaut.

Der Kreisrat Villingen hat die Kreisumlage für das Rechnungsjahr 1925/26 auf drei Pfennig für das Liegenschaftsvermögen und auf 4,5 Pfennig für das Betriebsvermögen festgesetzt.

Aus der Landeshauptstadt

Besucherprämien in der Handwerks- u. Industrieausstellung Um in der letzten Ausstellungswoche (24. Mai bis 2. Juni) einen besonderen Anreiz für die Besucher der Ausstellung „Handwerk und Industrie" in der Städt. Ausstellungshalle zu bieten, hat die Ausstellungsleitung beschlossen, daß alle Eintrittskarten zu 1 M., die in der Zeit vom Sonntag, 24. Mai bis Pfingstmontag nachmittags 5 Uhr gelöst werden, **als Lose gelten**, die zur Teilnahme an der am Pfingstmontag, nachmittags 5 Uhr stattfindenden Auslosung der von der Ausstellungsleitung angekauften und von Ausstellern gestifteten Gegenstände berechtigen. Darunter finden sich zum Teil sehr wertvolle und in jedem Haushalt willkommene Gegenstände wie z. B. 1 Buffet, 1 Gaskochherd, 1 Sparherd, 1 Bügeltisch, 1 Handwerkszeugkasten, 1 Reisekoffer, große Bowle aus getriebenem Goldblech, Samowar, Manicure, Universalstuhl, Schaukel Keramiken usw. Jeder Besucher hat Gelegenheit, den Gabentempel im Vestibül zu besichtigen. Das Ergebnis der Lotterie wird in unserer Zeitung am 3. Juni veröffentlicht.

Das Konzert im Erbprinzenschlößchen, das drei bekannte Karlsruher Künstler veranstalteten, bot einen überaus anregenden Genuß dank dem Auftreten wirklich konzertreifer, trotz ihrer Jugend vollendeter Vertreter ihrer Kunst. An erster Stelle stand die Meisterin der Geige, Frl. **Lore Bihlmann-Gageur** mit dem Vortrag des Konzerts in g-moll von Bruch, dem eine Zigeunerweise Sarasates folgte. Die Künstlerin, die aus der Schule Dr. Brückners hervorgegangen ist, entzückte wieder durch die eminent solide Technik, die klangreiche Wärme ihres Striches und den goldene Fäden spinnenden Ton ihrer süß sinnlichen Kantilene. Aus der Gesangsschule Dr. Zimmermann hervorgegangen sind die beiden trefflichen Gesangsinterpreten Frl. **Lydia Sukoff** und Herr Fritz **Rennio**. Beide berechtigen zu den besten Hoffnungen für die Zukunft. Frl. Sukoff sang zuerst Lieder von Wolf und Pfitzners „Gretel" frisch und lebendig mit ihrer schönen, tragfähigen Stimme. Vollendet war ihre Schmuckarie (Margarete), darin ihr technisch sicher ausgebildeter Sopran prächtige Koloraturen entfalten konnte. Herr Rennio sang lyrisch fein ausgearbeitet Schubert-Lieder, wohl durchdacht und sauber gefeilt in markantem Vortrag. In den Arien aus „Bajazzo" und „Bohème" zeigte der Sänger beste Schulung seines hellen und gepflegten Tenors. Den Höhepunkt bildete das große Duett aus „Toska". Anhaltender dankbarer Beifall wurde den Künstlern von den Damen und zahlreichen Gästen des **Hausfrauenbundes**, unter dessen Schutz die Veranstaltung stand. Nicht zuletzt galten die Ovationen auch Herrn Dr. **Steidel**, der in seiner bekannten feinsinnig anschmiegenden Art die Gesangsvorträge begleitete.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom 26. Mai, 8 Uhr morgens: Kleine Druckstörungen brachten gestern strichweise leichte Gewitterregen. Auch heute hält das unbeständige Wetter, mit zeitweisen leichten Niederschlägen, an. Die Temperaturen sind durch den Zufluß westlicher Luftmassen etwas gesunken, in der Rheinebene auf 14 Grad, im Hochschwarzwald auf 4 Grad. Hoher Druck dringt von Südwesteuropa her vor, so daß morgen die Niederschläge wieder nachlassen und zeitweise Aufheiterung eintritt. **Voraussichtliche Witterung für 27. Mai:** Langsam Bewölkung abnehmend, höchstens noch vereinzelt Strichregen, Temperatur keine Änderung, westliche Winde.

Kurze Nachrichten aus Baden

WTB. **Ettlingen**, 25. Mai. Auf der Straße zwischen Ettlingen und Malsch fuhr ein mit 6 Personen besetztes **Auto** in 45 Kilometer Geschwindigkeit **gegen einen Baum**. Die Insassen wurden herausgeschleudert und zum Teil **schwer verletzt**. Der den Wagen steuernde Fahrradhändler **Brigemann** aus Mannheim schwebt in Lebensgefahr. Die Verunglückten wurden ins Karlsruher bezw. Mannheimer Krankenhaus transportiert. Das Auto selbst ist völlig zertrümmert. Man vermutet, daß die Steuerung versagt hat.

DZ. **Diedesheim**, 26. Mai. Die hiesige **Schiffbrücke** soll auf Anregung des Bezirksamtes Mosbach durch eine **feste Brücke** ersetzt werden, weile diese dem Verkehr nicht mehr gewachsen ist und für größere Lastfuhrwerke und Lastautos stets ein größeres Verkehrshindernis war. Damit dürfte die letzte badische Schiffbrücke über den Neckar verschwinden.

DZ. **Wolfach**, 25. Mai. Die 16jährige Tochter des Gemeinderechners **Graf** machte gestern nachmittag auf der Landstraße zwischen Wolfach und Halbmeil Fahrversuche auf einem **Herrenrad**. Als ein vom Schiltacher Feuerwehrfest kommendes stark besetztes **Höhenauto** aus Baden-Baden vorbeifuhr, stürzte sie vom Rad und geriet unter die **Hinterräder** des Autos, wodurch die Hirnschale eingedrückt wurde, so daß der **Tod sofort eintrat**. Den Chauffeur soll, wie berichtet wird, keine Schuld treffen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	26. Mai Geld	26. Mai Brief	25. Mai Geld	25. Mai Brief
Amsterdam 100 G.	168.57	168.99	168.63	169.05
Kopenhagen 100 Kr.	78.95	79.15	78.85	79.05
Italien . . 100 L.	16.70	16.74	16.915	16.955
London . 1 Pfd.	20.394	20.446	20.384	20.436
Newyork . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . 100 Fr.	21.20	21.26	21.47	21.53
Schweiz . 100 Fr.	81.165	81.365	81.15	81.35
Wien 100 Schilling	59.055	59.195	59.055	59.195
Prag . . 100 Kr.	12.432	12.472	12.43	12.47

Zuteilung überall 100 Prozent

Die Karlsruher Handelskammer gegen den Eisenzoll. Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe sprach sich im allgemeinen deutschen Wirtschaftsinteresse gegen den von einer verhältnismäßig kleinen Gruppe rheinisch-westfälischer Industrieller geforderten hohen Eisenzoll aus. Würde den Forderungen der rheinisch-westfälischen eisenerzeugenden Industrie stattgegeben, so würden nicht nur die gesamte deutsche eisenverarbeitende Industrie und der Einzelhandel, sondern auch die unzähligen von ihrer weiterversorgten Verbraucher in ein nicht zu ertragendes Abhängigkeitsverhältnis der erwähnten Wirtschafts kreise geraten. Gerade das Land Baden, das als äußerstes südwestdeutsches Wirtschaftsgebiet unter vielen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, insbesondere unter ungünstigsten Frachttarifen, zu leiden hat und von jeher auf den Eisenbezug aus dem Saargebiet, Lothringen und Luxemburg eingestellt war, würde von den hohen Eisenzöllen besonders hart betroffen werden. Abwanderung zahlreicher eisenverarbeitender Betriebe und die Lahmlegung des südwestdeutschen Eisenhandels wären die unvermeidlichen Folgen. Die Industrie- und Handelskammer Karlsruhe richtet daher an alle zur Vertretung deutscher Wirtschaftsinteressen berufenen Stellen die dringende Bitte, auf eine umfangreiche Ermäßigung der jetzigen deutschen Eisenzölle hinzuwirken.

Pfingsten im Schwarzwald!
Waldhotel Villingen

Einzig schöne Lage, mitten im Hochwald. Allerbeste Verpflegung. Eigene Kurkapelle. Reunions.
Über Pfingsten volle Pension
von Mk. 8.50 an bei 3 Tagen Aufenthalt.
Vorausbestellungen erbeten.
E.411 **Ad. Strittmatter**, Bes.

Voranzeige! Voranzeige!
PAOLI's
weltberühmter
Affen- und Hunde-ZIRKUS
kommt zur Messe, der Gipfel aller Dressuren
Die Sensation der Frühjahrsmesse 1925

Fels-Pilsener
ist hergestellt aus edelsten Rohstoffen
E.403

Frühjahrsmesse 1925 betr.

Die diesjährige Frühjahrsmesse beginnt am 30. Mai und endet am 9. Juni 1925. Am Pfingstsonntag, den 31. Mai fällt die Messe aus. Am Pfingstmontag darf dieselbe erst um 3 Uhr beginnen. Während der Messe bleibt der Meßplatz für den öffentlichen Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Droschken, Kraftwagen usw. sind auf der Durlacher Allee, entlang dem Bordstein, zwischen Schlachthaus- und der westlichen Meßplatzstraße, Fahrräder, Kinderwagen und Handkarren sind auf dem Platz am Eingang zum Meßplatz an der Mauer des Schlachthofes aufzustellen. A.779

Karlsruhe, den 23. Mai 1925. O.Z. 69

Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion C.

Fahrräder
Ersatzteile, Zubehör und Gummi, sowie alle Reparaturen erhalten Sie am **billigsten** in der **Südd. Vulkanisier-Anstalt, Kreuzstr. 22** (Laden). E.365

Sprengwagen,
gebraucht, jedoch noch gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote an E.410
Bürgermeisteramt Todtnau.

A.790. **Bühl.** Über das Vermögen des **Bernhard Ehreiser**, Kolonialwarenhändlers in Eisental bei Bühl wurde heute am 25. Mai 1925, vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner überschuldet und wegen Zahlungsunfähigkeit seine Zahlungen eingestellt hat. Rechtsanwalt Braxmeier wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 13. Juni 1925 bei dem Gerichte anzumelden. Es wurde Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Mittwoch, den 24. Juni 1925, vormittags 11 Uhr.** Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wurde aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 13. Juni 1925 Anzeige zu machen.

Bühl, 25. Mai 1925.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Aufgebot.

A.792. **Baden.** Fabrikant **Emil Löw** in Oos hat das Aufgebot des verloren gegangenen Hypothekenbriefs des Grundbuchamts Oos vom 5. August 1924 über die im Grundbuch Oos Band 25 Heft 21 III. Abteilung Nr. 4 auf dem Grundstück Lgb.-Nr. 4047a der Gemarkung Oos, Güterbahnhofstraße Nr. 5, Eigentum der Firma Elektro-Maschinen-Werke F. Gloor & Co. in Baden, zu Gunsten des Antragstellers eingetragene Goldmark-Hypothek für Darlehen über 15000 Goldmark nebst Zinsen beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf **Mittwoch, den 9. Dezember 1925, vormittags 9 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer Nr. 19, anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Baden, 18. Mai 1925.
Badisches Amtsgericht.

Das Badische Forstamt Karlsruhe-Hardt versteigert aus Staatswald Hardtwald am **Donnerstag, den 28. Mai, vormittags halb 9 Uhr, im Gasthaus zum Schwanen** in **Friedrichstal** aus den Dienstbezirken des Oberforstwart Barié, Förster Herlan, Borel in Friedrichstal, Forstwart K. Heß, Eggenstein: 1 Hainbuche IV., 0,65 Fm., 2 Eichen I., 3,64 Fm., 3 Forlen III., 2,18 Fm., 1 Fichte V., 0,34 Fm., 2 Ster eichenes Nutzschichtholz, 115 Ster meist forlenes Brennholz. A.774

Nachmittags 1 Uhr im **Parkhaus** aus den Dienstbezirken des Försters Bauer, Karlsruhe; Forstwart Seitz, Jägerhaus; Förster L. Heß, Parkhaus; Oberforstwart Hoffmann, Blankenloch; Förster Funk u. Fr. Heß, Eggenstein; Förster Borel, Welschneureut: 1 Rotbuche V., 0,46 Fm., 1 Hainbuche IV., 0,48 Fm., Forlen: 3 I., 3,59 Fm., 6 II., 6,17 Fm., Fichten: 1 II., 1,40 Fm., 1 III., 0,38 Fm., 1 IV., 0,47 Fm., 5 V., 1,17 Fm., 5 VI. 0,76 Fm., und 110 Ster meist forlenes Brennholz.

Die genannten Forstschutzbeamten zeigen das Holz vor.

Kirchhofen.

Nutzholz-Verkauf.

Die **Gemeinde Kirchhofen** verkauft **freihändig** aus ihrem Gemeindewald Distrikt II Ambringergrund 378,12 Fm. tannene Stämme und Abschnitte I. | V. Klasse in fünf Losen; sowie 253 Ster unentrindetes Papierholz I., II. und III. Klasse in einem Los. A766

Losverzeichnisse durch das Bürgermeisteramt.

Schriftliche Angebote in Prozenten der Landesgrundpreise vom Dezember 1923 werden bis **Samstag, den 30. Mai 1925, abends 6 Uhr**, an den Gemeinderat Kirchhofen erbeten.

Die Käufer sind bis 3. Juni 1925 an ihr Wort gebunden.

Kirchhofen, 19. Mai 1925.
Der Gemeinderat:
Robert Binninger,
Bürgermeister.

Nadellangholz-Verkauf

Das **Forstamt Herrenwies** in **Forbach** (Baden) verkauft **freihändig** 2270 Fm. Nadelstammholz aller Klassen, darunter 345 Fm. Mastenhölzer. Angebote werden bis längstens **Donnerstag, den 4. Juni d. J.** erbeten. Losverzeichnisse und nähere Auskunft durch das Forstamt (Fernruf Forbach 15).

Badisches Landestheater

Mittwoch, den 27. Mai 1925
G 25
Th.-G. 6701-7000, 7101-7200

Martha
oder
Der Markt v. Richmond
Oper in vier Aufzügen von W. Friedrich
Musik von Friedrich von Flotow
Musikal. Leitung: W. Schweppe
In Szene ges. von H. Bussard

Personen:
Lady Harriet Durham — von Ernst a. G.
Nancy — Hoffmann-Brewer
Lord Tristan Mikleford — Glaß
Lyonel — Jentwig
Plumkett — Dr. Wucherpfennig
Der Richter zu Richmond — Grötzinger
Diener der Lady — Kilian, Grötzinger, Wurm
Pächter — Kalnbach, Arras
Mägde — Tubach, Beer-Gast, Burk

Anfang 7½ Uhr Ende 10 Uhr
Sperrsitz I 7.—

Harmonium
2 Reg. . Mark 238.—
9 Reg. . Mark 297.—
13 Reg. . Mark 411.—
Zahlungserleichterung
Karl Frankolieferung 948
LANG
Kaiserstr. 187 : Tel. 1073
Salamander-Schuhhaus

Druck G. Braun, Karlsruhe.